



## Offener Brief an die Bundesregierung

### Handeln Sie jetzt richtig, damit kommende Generationen eine Zukunft haben!

Hamburg, im September 2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz, sehr geehrter Herr Klingbeil, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

mit Ihrem Amtsantritt haben Sie sich unter Eid dem Wohle der Bevölkerung Deutschlands verpflichtet, Sie haben sich dazu verpflichtet, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Doch die jüngsten Initiativen aus dem Wirtschaftsministerium stehen im Widerspruch zu dieser Verpflichtung:

#### **Die Kehrtwende in der Energiepolitik stellt eine akute Gefährdung der Zukunft unseres Landes und aller hier lebenden Menschen dar.**

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche setzt auf den massiven Ausbau neuer Gaskraftwerke und fördert Gas mit Mitteln aus dem Klimatransformationsfonds. Fördermittel für private Solaranlagen sollen gestrichen werden.<sup>i</sup> Das benachteiligt Solarstrom gegenüber den geförderten fossilen Energieträgern und **führt zu einer schädlichen Verzerrung des Marktes zum Nachteil einer wirtschaftlich bedeutsamen Zukunftstechnologie.**

Dadurch wird der Fortschritt dieser Technologie zu einem Zeitpunkt ausgebremst, an dem international die Weichen dafür gestellt werden und entschieden wird, welche Länder vorne mitspielen, wirtschaftlich und technisch.<sup>ii</sup> Mit welchen Folgen, das zeigt ein Blick in die Vergangenheit: Unter Peter Altmaier gingen in der Solarbranche mehr als 80.000 Arbeitsplätze verloren.<sup>iii</sup>

Es verteuert unnötig die Investitionen in einen Energiesektor, der für günstigere Energie für alle sorgen könnte. Zugleich beklagt Ministerin Reiche die hohen Stromkosten<sup>iv</sup> – ein Widerspruch zwischen Handeln und Worten.

Das Gleiche passiert gerade mit den Wärmepumpen. In Deutschland unnötig schlechtgeredet, haben sie in anderen Ländern – allen voran den skandinavischen Ländern, Großbritannien und den Niederlanden – schon lange die immer teurer werdenden Gas- und Ölheizsysteme ersetzt. In Deutschland soll jetzt sogar die Förderung eingestellt werden.

Mehr noch: Die Wirtschaftsministerin hat bekanntgegeben, dass sie die Abkehr vom Ziel einer Klimaneutralität bis 2045 plant. 2050 soll das neue Ziel für eine Klimaneutralität Deutschlands sein.<sup>v</sup> **Damit bricht sie nicht nur die Zusagen, die Deutschland 2015 in Paris gegeben hat: Diese Handlungsweise steht sämtlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen entgegen.**

Die in Paris vereinbarte Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad wurde im vergangenen Jahr bereits überschritten. Die Folgen sind Hitzewellen an Land – auch hier in Europa, auch in Deutschland – und eine steigende Zahl an Hitzetoten. Die wissenschaftliche Antwort ist, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß jetzt bereits bei Null liegen müsste, um die Begrenzung auf 1,5 Grad Erwärmung einzuhalten. Doch Ministerin Reiche fordert einen Aufschub um 5 Jahre für ein Klimaziel, das erst in 20 Jahren wirksam wird.

Nicht zu handeln hat verheerende Folgen:

### **1. Das wird zu teuer:**

**Fossile Energien sind inzwischen zu teuer, um wirtschaftlich tragbar zu sein.** Gleichzeitig bieten erneuerbare Energien bereits kostengünstige und stabile Alternativen, die ökonomisch sinnvoll sind, den Übergang zu einem klimafreundlichen Energiesystem ermöglichen<sup>vi</sup> und unsere Wirtschaft stärken.

**Auch werden die Klimafolgekosten extrem hoch.** Bis zu 900 Milliarden Euro bis 2050 stehen hier zu befürchten.<sup>vii</sup> Einen Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, bietet die Flut im Ahrtal, die bereits über 40 Milliarden Euro Kosten verursacht hat.<sup>viii</sup> Das Wirtschaftsministerium selbst führt auf seiner Webseite Kosten von bereits mindestens 145 Milliarden Euro aufgrund von Schäden durch die Folgen von extremen Wetterereignissen von 2000 bis 2021 auf.<sup>ix</sup> Diese Kosten belasten uns heute – und künftige Generationen. Es ist dringend geboten, sie durch eine klimaverantwortliche Politik zu reduzieren.

**2. Es wird die Lebensmittelpreise und damit die Lebenshaltungskosten in Deutschland in die Höhe treiben,** die Anzahl der Unwetter, Überschwemmungen und Dürreperioden erhöhen, Ernten schädigen, Eigentum vernichten, Versicherungskosten ansteigen lassen und Sommer voraussichtlich immer heißer werden lassen – bis zur Unerträglichkeit. Sie wird ganze Regionen unbewohnbar machen – z. B. beliebte Urlaubsgebiete an der Nordsee und Häuser in Flussnähe aufgrund der steigenden Wasserpegel. Sie sorgt jetzt schon für Abbrüche in den Alpen, die Orte und Landschaften vernichten und die Regionen für Tourismus und Einwohner unsicher machen.

**3. Es kostet Menschenleben** – die unserer Nachbarn, Eltern, Kinder und Enkel, vielleicht unser eigenes. Auch wenn die Nachrichten aus anderen Regionen der Welt noch drastischer scheinen und Deutschland dieses Jahr noch keine 50-Grad-Hitze erleben musste wie etwa die Türkei, hat das Ignorieren wissenschaftlicher Fakten zugunsten einer fossilen Klientelpolitik direkte negative Folgen für die Menschen in Deutschland. **Sie schadet der Bevölkerung, für deren Wohl einzutreten sich Ministerin Reiche verpflichtet hat.**

**Diese Politik vernichtet Zukunft und schadet dem deutschen Volk, dem Sie, Herr Bundeskanzler, Sie, werte Ministerinnen und Minister, Sie alle – auch Ministerin Reiche – sich per Amtseid verpflichtet haben.**

**Deshalb fordern wir – neben den Forderungen von Fridays for Future<sup>x</sup> –**

**Das Einhalten von Recht und Gesetz durch die amtierenden Minister\*innen.** Das schließt das deutsche Grundgesetz, geltende deutsche Gesetze und internationale Abkommen ein, auch das europäische Recht und das internationale Menschenrecht. Beispielhaft seien das Asylrecht, das

Schengen-Abkommen und das jüngste Gutachten des IGH<sup>xi</sup>, das feststellt, dass das 1,5 Grad-Limit völkerrechtlich verbindlich und ausreichender Klimaschutz ein verbrieftes Menschenrecht ist, genannt.

**Wir fordern, Mittel aus dem KTF nur für tatsächlichen Klimaschutz einzusetzen und nicht für fossile Subventionen zu missbrauchen:** KTF-Mittel dürfen nicht zur Ablösung der Gasspeicherumlage verwendet werden. KTF-Mittel dürfen nicht für die Strafzahlungen wegen überschreiten der europäischen Sektor-Klimaziele eingeplant werden. Mit diesen Plänen der Bundesregierung würden neue fossile Subventionen geschaffen.<sup>xii</sup>

**Wir fordern, dem Recht auf Gesundheit, Wahrung des Wohlstandes und Leben Vorrang zu geben. Deshalb fordern wir einen zeitnahen Stopp der Subventionen fossiler Technologien.**

**Statt neuer fossiler Subventionen fordern wir, bestehende fossile Subventionen wie z.B. die von Dieselkraftstoff, Kerosin oder das Dienstwagenprivileg zeitnah zu beenden.<sup>xiii</sup>**

**Wir fordern Investitionen in Zukunftstechnologien und wirtschaftlich nachhaltige Innovationen.** Deutschland hat alle Möglichkeiten, sich wirtschaftlich profitabel im Wettrennen um die aktuellen Zukunftstechnologien aufzustellen. Subventionen nicht krisensicherer Technologien – z.B. auf fossiler Basis – blockieren das. Die wirtschaftliche Entwicklung geht in Richtung Solar, Windkraft, Speichertechnologien, Wärmepumpen (die in Hitzewellen auch als Klimaanlage genutzt werden können) und E-Mobilität. Hier muss investiert werden, damit Deutschlands Wirtschaft sich auf dem Weltmarkt behaupten kann.

**Wir fordern sozial gerechte Investitionen: ÖPNV und Deutschlandticket statt Dienstwagenprivileg.** Vom Dienstwagenprivileg profitieren wenige Menschen mit hohem Einkommen und meist mit der Anschaffung CO<sub>2</sub>-intensiver Großfahrzeuge wie SUVs. Ein breit ausgebauter ÖPNV mit guter Anbindung im ländlichen Bereich, ein Ausbau und bessere Wartung des Schienennetzes der deutschen Bahn, mehr Bahnpersonal und ein günstigeres Deutschlandticket für alle bieten sozialen Frieden bei gleichzeitigem Klimaschutz.

**Wir fordern Investitionen in das Allgemeinwohl.** Es gilt, Städte und Landwirtschaft auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten. Starkregen und Hitze vernichten Ernten, Wohlstand und gefährden Menschenleben. So ist z.B. nachhaltige Landwirtschaft krisensicherer und sichert langfristig auch den Landwirtschaftsstandort Deutschland, mehr Stadtgrün macht Städte hitzefester etc. Davon profitieren zudem einkommensschwache Bevölkerungsschichten, Rentner und Kinder. Sie sind an Hitzetagen besonders gefährdet. Damit entlasten wir das Gesundheitssystem und fördern den sozialen Frieden.

**Deutschland funktioniert nur innerhalb eines funktionierenden Europas.** Frieden und Wohlstand sind abhängig von einer starken europäischen Gemeinschaft, die Folgen der Klimakrise wirken sich global aus und müssen global getragen werden. Globale Verträge und Abkommen, so wie die UN-Charta der Menschenrechte, sind die Basis einer internationalen Verständigung. Eine nachhaltige Politik – nicht erst in Zukunft, sondern jetzt – muss dem Rechnung tragen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Klingbeil, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung: Mit Ihren Ämtern haben Sie die Chance und die Verantwortung, Deutschlands Zukunft positiv zu gestalten, Schaden abzuwenden und Wohlstand zu mehren.

Nutzen Sie sie. Auch für Ihre Kinder.

Hochachtungsvoll

die Unterzeichnenden

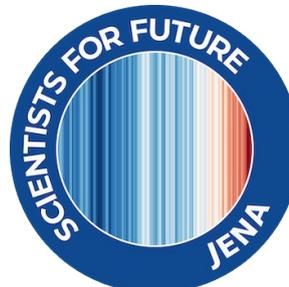
Katja Diehl (Autorin), Ute Scheub (Publizistin, Politologin und Autorin), Stefan Weiland (Umweltbeauftragter der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland, Projektleitung SchöpfungsLEITER)



Bethanien



KiT KLIMA MONSTER





Umweltinstitut  
München e.V.



youth4planet  
INTERNATIONAL

---

ii Eine Technologie, die mit Smartmetern und Stromspeichern zunehmend Lösungen für die Energiestabilität bietet <https://www.solarbranche.de/news/nachrichten/artikel-39146-schweizuberholt-china-grosster-redox-flow-batteriespeicher-der-welt-entsteht-in-laufenburg> // <https://www.pv-magazine.de/unternehmensmeldungen/pilotprojekt-abgeschlossenetzwerkmanagement-system-bringt-transparenz-in-den-smart-meter-rollout/>

iii <https://www.spiegel.de/international/business/q-cells-bankruptcy-heralds-end-of-german-solarcell-industry-a-825490.html>

vi <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2021/studie-zustromgestehungskosten-erneuerbare-energien-aufgrund-steigender-co2-kosten-denkonventionellen-kraftwerken-deutlich-ueberlegen.html>

vii Flaute et. al. 2021: <https://papers.gws-os.com/gws-researchreport22-2.pdf>

viii [https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

ix

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/03/20230306-konsequenter-klimaschutz-und-vorsorgende-klimaanpassung-verhindern-milliardenschaeden.html>

xi <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/igh-gutachten-klima-102.html>

xii <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-ktf-zertifikate-kritik-gruene-li.3301024>